NR. 341 06.10.2017

russland-analysen

http://www.laender-analysen.de/russland/

JUGENDPOLITIK UND JUGENDPROTESTE

- ANALYSE
  Staatliche Jugendpolitik in Russland zwischen regierungstreuem Protest und konservativer Erneuerung 2
  Anna Schwenck, Berlin
- ANALYSE
  Russische Jugend zwischen Rebellion und Integration 7
  Félix Krawatzek, Oxford
- UMFRAGE
  Einstellungen von Jugendlichen 10
- CHRONIK
  22. September – 4. Oktober 2017 17

DGO ► Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
► Forschungsstelle **Osteuropa** an der Universität Bremen
ZOIS Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien
Centre for East European and International Studies

ANALYSE

Staatliche Jugendpolitik in Russland zwischen regierungstreuem Protest und konservativer Erneuerung

Anna Schwenck, Berlin

Zusammenfassung

Staatliche Jugendpolitik hat in Russland nicht nur die Funktion, politische Herrschaft unmittelbar zu sichern – durch Protestaktionen zur Unterstützung der Regierung. Sie dient auch der Verbreitung konservativer Denkmuster. Mit Hilfe aktivierender Techniken des »Selbst-Unternehmertums« soll eine Sphäre moralisch-konservativen und unternehmerischen Engagements geschaffen werden. Die Zukunft der Jugendpolitik wird eher im Ausbau dieser Sphäre liegen als in Versuchen, regierungstreue Aktivistinnengruppen wiederzubeleben.

Einleitung

Die diesjährigen Antikorruptionsproteste in Russland stellen Sinn und Zweck der bisherigen staatlichen Jugendpolitik in Frage. Eine aktive Jugendpolitik der Regierung war während des Wahlzyklus 2007/2008 vor allem als Mittel zum Machterhalt entstanden: Die Schaffung und Finanzierung von Jugendorganisationen wie »Naschi« (dt.: »Unsere«) sollte eine russische Version der Orangen Revolution in der Ukraine verhindern. Schon die regierungskritischen Proteste des Winters 2011/2012 waren daher von vielen Beobachtern auch als ein »Versagen« der jugendpolitischen Strategie der Regierung gedeutet worden, da regierungsfinanzierte Jugendorganisationen nur wenige regierungstreue Demonstrierenden mobilisieren konnten. Allerdings hatte Jugendpolitik schon seit Anfang der 2000er auf eine moralisch konservative Erneuerung des Landes abgezielt – als Gegenbewegung zur gesellschaftlichen Liberalisierung der 1990er.

Der folgende Überblick über die jugendpolitische Entwicklung seit dem Amtsantritt Wladimir Putins im Jahr 2000 soll das Wechselspiel zwischen zwei Logiken verdeutlichen, nämlich regierungstreue Mobilisierung gegen äußere und innere Feinde einerseits und konservative Erneuerung für ein – im Verständnis der Regierung – starkes Russland andererseits. Diese Entwicklung lässt sich in vier Phasen unterteilen. Auf eine latente Phase, in der jugendpolitische Konzeptionen vor allem die als soziale Auflösungserscheinungen wahrgenommene Entwicklung der 1990er Jahre umkehren sollten, aber kaum konkret umgesetzt wurden, folgte ab 2005 eine Phase der Mobilisierung regierungstreuer Jugendorganisationen wie »Naschi«. Diese Jugendorganisationen sollten die angeblich durch internationale zivilgesellschaftliche Förderung bedrohte »Souveränität der Russländischen Föderation« verteidigen. Konkret bedeutete dies, die Machtposition der Regierung im Wahlzyklus 2007/2008 zu sichern. Nachdem dies gelungen war, wurden die regierungstreuen Jugendorganisationen demobilisiert. Nun setzte eine Phase jugendpolitischer Institutionalisierung ein, während derer jugendpolitische Programme allmählich allen jungen Erwachsenen zugänglich gemacht und der inhaltliche Fokus auf die Förderung von Unternehmertum gelenkt wurde. Bis heute versucht Jugendpolitik mit Techniken des Selbst-Unternehmertums junge Erwachsene im Sinne der Regierung zu aktivieren. Zum Einen soll die »talentierte Jugend« motiviert werden, vermarktbare Innovationen zu schaffen, um die Modernisierung der Volkswirtschaft voranzutreiben. Zum Anderen ermöglichen diese Techniken, junge Erwachsene aktiv am Aufbau einer Sphäre moralisch-konservativen gesellschaftlichen Engagements zu beteiligen.

Die Phase jugendpolitischer Institutionalisierung endete spätestens mit der Annexion der Krim und dem Krieg in der Ostukraine 2014. Während der Schutz der »Souveränität Russlands« vor inneren und äußeren Bedrohungen seitdem wieder verstärkt die inhaltliche Ausrichtung der Jugendpolitik bestimmt, gibt es allerdings keine nennenswerten Versuche, regierungstreue Jugendorganisationen wie »Naschi« wiederzubeleben.

Jugendpolitik als Reaktion auf eine wahrgenommene »Verwahrlosung der Jugend«

Schon wenige Monate nachdem Putin im Januar 2000 in seiner Funktion als Premierminister verfassungsgemäß die Regierungsgeschäfte des aus dem Amt scheidenden Boris Jelzin übernommen hatte, folgten erste Versuche der Regierung, kremltreue Jugendorganisationen zu schaffen. Diese Organisationen sollten außerhalb der politischen Institutionen den neuen politischen Kurs unterstützen. Es entstand – wohl mit aktiver Unterstützung des stellvertretenden Leiters der Präsidialadministration, Wladislaw Surkow – die Jugendorganisation der »Gemeinsam Gehenden« (russ.: »Iduschtschije Wmeste«). Chef der Jugendorganisation wurde die spätere »Naschi«-Ikone Wassilij Jakemenko. Die »Gemeinsam Gehenden« sorgten vor allem mit medienwirksamen Aktionen für Furore, etwa mit dem Versenken von

Büchern »moralisch verwerflichen Inhalts« in einer riesigen Toilette aus Pappmaché im Jahr 2002 (betroffen waren unter anderem Werke von Karl Marx, Wiktor Pelewin und Wladimir Sorokin). Solche Polit-Spektakel stießen in der Bevölkerung oft auf Ablehnung. Die kleinformatigen Freiwilligen-Aktionen der im gleichen Jahr gegründeten Organisation »Jugendliche Einigkeit« (russ.: »Molodjoschnoje Jedinstwo«) trafen den konservativen Zeitgeist weiter Bevölkerungsteile weitaus besser. Als Jugendorganisation jener Partei, die die Präsidentschaft Putins im Parlament stützte, setzten die Mitglieder auf konventionelle Formen gesellschaftlichen Engagements. Regionalgruppen der Organisation besuchten Waisenhäuser, engagierten sich in »Nein zu Drogen«-Kampagnen oder entsandten 2002 Arbeitsbrigaden Freiwilliger in die von Überschwemmungen betroffenen Regionen. Ein solches Engagement stellte ein positives Gegenprogramm zur in gesellschaftspolitischen Debatten thematisierten »Verwahrlosung der Jugend« dar. Neben dem Rückzug des Staates wurden in den Medien auch gesellschaftliche Apathie, die Verbreitung von Drogenkonsum und liberale Sexualaufklärung als Gründe für die wahrgenommene Verwahrlosung diskutiert. Das kleinformatige Engagement der Mitglieder der »Jugendliche Einigkeit« antwortete also moralisch konservativ auf grassierende Sorgen um die Jugend .

Diese Sorgen spiegelten sich auch im jugendpolitischen Programm des Jahres 2001 wider, das – neben dem Niedergang der physischen und psychischen Gesundheit der jungen Generation – die Zunahme von Kriminalität, Drogenhandel und Drogenabhängigkeit, aber auch die »Aufweichung moralisch-geistiger Werte« und Orientierungen beklagte. Dass der Wertekatalog, auf den das Programm referierte, weitgehend dem sowjetischen Moral-Kanon entsprach, wird anhand des ersten Programms für patriotische Erziehung (ebenfalls aus dem Jahr 2001) deutlich: In den 1990er Jahren hätten Gleichgültigkeit, Egoismus, Individualismus, Zynismus, und eine respektlose Einstellung zum Staat zugenommen, während ein »traditionelles russisches [auf den Staat bezogen; d. Red.] patriotisches Bewusstsein« verlorengegangen sei. Dementsprechend drangen die Autoren darauf, positive Identifikationen mit Russland und Loyalität gegenüber dem Vaterland zu fördern. Diese Konzeptionen wurden aber kaum in jugendpolitische Programme umgesetzt.

Erst im Zuge der Orangen Revolution in der Ukraine wurde »Jugend« zur politischen Schlüsselkategorie für die russische Regierung, da ein Großteil der orange gekleideten Protestierenden auf dem Kiewer Maidan junge Erwachsene waren. Ein durch Demonstrationen errungener Regierungswechsel, wie er 2005 in der Ukraine stattfand, wurde von der russischen Regierung gefürchtet und als »orange Bedrohung« gerahmt. Neben den Ereignissen in der Ukraine führten auch die Ausschreitungen in den Pariser Vororten desselben Jahres die potentielle Schlagkraft der Jugend vor Augen. Die »staatliche Jugendpolitik« wurde vor allem im Zuge dieser Ereignisse, die nicht nur die Sorge *um* die Jugend, sondern auch Angst *vor* ihr hervorriefen, zu einem eigenständigen Politikfeld föderalen und regionalen Regierens entwickelt. Vorrangiges Ziel staatlicher Jugendpolitik wurde die Leitung und Kanalisierung jugendlichen Elans und Engagements in »sozial nützliche« Initiativen und Jugendorganisationen, deren Ziele mit den Regierungsinteressen im Einklang stehen.

Regierungstreuer Protest zur Abwendung einer »Orangen Bedrohung« Russlands

Als Reaktion auf die Orange Revolution in der Ukraine setzte 2005 eine Phase der Politisierung und Mobilisierung junger Erwachsener ein. Vor allem in Moskau und St. Petersburg protestierten von der Regierung initiierte sowie »zivilisatorisch-nationalistische« Jugendorganisationen (die Russland als eine eigenständige, unvergleichbare Zivilisation betrachten, beispielsweise die »Eurasische Jugendunion«,) gegen die »orange Bedrohung« Russlands – mit finanzieller Unterstützung aus dem Regierungshaushalt. Konkretes Ziel war es, den Rückhalt für die Partei der Macht »Einiges Russland« und den Präsidenten unter jungen Russen zu symbolisieren und regierungskritischen Protest durch die zahlenmäßige Überlegenheit regierungstreuer Aktivisten (die mehrheitlich äußerst lose organisiert waren) zu marginalisieren. Dieses Ziel erlangte seine Dringlichkeit vor dem Hintergrund einer Behauptung, die damals vor allem durch völkische und zivilisatorisch-nationalistische Autoren verbreitet wurde: Bei der Orangen Revolution habe es sich um ein Komplott der radikalen ukrainischen Rechten (die in der Tat klassisch rassistische Positionen vertritt, aber nur eine kleine Minderheit der Protestierenden ausmachte), einer angeblich antirussischen »Orangen Koalition« sowie westlicher Stiftungen gehandelt. Letztere hätten im Namen der zivilgesellschaftlichen Förderung mit so genannten sanften Steuerungsmethoden junge Menschen in der Ukraine zum Protest verleitet.

Die bekannteste der damals entstandenen »antiorangen« Jugendorganisationen in Russland ist sicherlich »Naschi«, an deren »Branding« Wladislaw Surkow federführend beteiligt war. Von den 2000 gegründeten »Gemeinsam Gehenden« übernahmen »Naschi« nicht nur deren Chef Wassilij Jakemenko, sondern auch deren Faible für kontroverse Aktionen, die allerdings bei vielen Bürgern auch Ablehnung hervorriefen. Neu war hingegen der stark antifaschistische Anstrich, der der

Organisation verpasst wurde. Der Beiname »Demokratische Antifaschistische Jugendbewegung« verweist auf die ideologische Nähe von »Naschi« zu zivilisatorisch-nationalistischen Vereinigungen und deren These eines konzertierten neofaschistischen Coups in der Ukraine. Die Bezeichnung »Naschi« eröffnete ein Freund-Feind-Schema, das an den »Großen Vaterländischen Krieg« (1941–45) erinnerte: Die Soldaten der Roten Armee wurden informell »naschi« genannt. Auch der Organisation »Jugendliche Einigkeit« wurde 2005 einer Neuprofilierung unterzogen, die auf den sowjetischen Kampf gegen den Faschismus rekurrierte. Ihre Umbenennung in »Junge Garde des Einigen Russland« (»Molodaja Gwardija Jedinoj Rossii«) erinnert an eine Komsomol-Untergrundorganisation, die während des Zweiten Weltkriegs im heutigen Gebiet Luhansk der deutschen Besatzung Widerstand leistete. Ein Großteil ihrer Mitglieder war von den Nazis exekutiert worden. Die Geschichte dieser »Jungen Garde« wurde zum sowjetischen Jugendbuchklassiker, dessen Verfilmung von 1948 in den folgenden Jahren mehr als 40 Millionen Zuschauer erreichte. Die »Junge Garde des Einigen Russland« und »Naschi« versuchten an diese Heroisierung des Kampfs gegen den Faschismus anzuknüpfen. Sie gingen in erster Linie gegen jene, vor allem junge, Russen vor, die eine Wiederwahl Putins – aus unterschiedlichen ideologischen Gründen – befürchteten.

Institutionalisierung der Jugendpolitik: Förderung von »Selbst-Unternehmertum« und moralisch konservative Erneuerung

Nach der Abwendung der »orangen Bedrohung« Russlands wurden einerseits regierungsfinanzierte Gruppen wie Naschi ab 2008 wieder demobilisiert; andererseits wurden jugendpolitische Programme allmählich allen jungen Erwachsenen zugänglich gemacht. Die Jugendpolitik förderte in dieser Phase Unternehmergeist mit dem unmittelbaren Ziel, möglichst viele junge Erwachsene zu einer Unternehmensgründung zu bewegen. Vor allem Fortbildungen in Projektmanagement und die Verbreitung selbst-unternehmerischen Denkens sollten junge Erwachsene zu aktiven Mitgestalterinnen einer neuen Sphäre moralisch konservativen Engagements machen. Der Begriff des Selbst-Unternehmertums meint, sich als Unternehmerin des eigenen Lebens zu begreifen, seine Fähigkeiten und sein Kapital – im Sinne einer Ich-AG – möglichst gewinnbringend zu nutzen.

Während Naschi offiziell erst im Frühjahr 2013 aufgelöst wurde, hatte der schleichende Niedergang der Organisation schon nach den Parlamentswahlen 2007 mit der Beförderung führender Aktivisten in den Regierungsapparat begonnen. Vor allem die neu gegründete Jugendbehörde Rosmolodjosch – Wassilij Jakemenko wurde zu ihrem Leiter ernannt – wurde zum Sammelbecken für Naschi-Aktivisten. Die Öffnung jugendpolitischer Programme, in den ersten Jahren noch von ehemaligen Naschi Mitgliedern konzipiert, allen voran das Sommercamp von Naschi am Seliger-See, standen seitdem unter dem Vorzeichen ökonomischer Modernisierung. Vor allem seit 2009 traten die Teilnehmer am Seliger-Sommercamp immer weniger als Naschi-Aktivistinnen auf. Stattdessen wurde die Förderung aller talentierter Erwachsener, ihres Selbst-Managements, unternehmerischen Handelns und ihrer Leadership-Kompetenzen (»liderstwo«) betont. Dieser Imagewechsel fand auch in der neuen Bezeichnung des Sommercamps seinen Ausdruck – »Allrussländisches Jugend-Bildungs-Forum«. »Forum« rekurriert auf das Weltwirtschaftsforum und die Gipfeltreffen der wachstumsstärksten Industrienationen. Für das Ziel der Regierung, Teil eines Clubs von wenigen führenden Industrienationen zu werden, war der kreative Input vieler junger Erwachsener gefragt – nicht nur der einer kleinen, fahnenschwenkenden kremltreuen Avantgarde.

Schon 2007, also noch während Putins Präsidentschaft, konzipierte das Wirtschaftsministerium den ersten Langzeitplan zur sozio-ökonomischen Entwicklung der Russischen Föderation, besser bekannt als »Strategie 2020«. Diese Strategie sah, im Einklang mit den von der Weltbank formulierten Empfehlungen für Wachstumsökonomien, eine innovationsgeleitete Entwicklung der Wirtschaft vor, mit Investitionen in Humankapital statt in Rohstoffabbau. Vor allem im Nachgang der Weltwirtschaftskrise erlangte der Grundgedanke der (mittlerweile von akademischen Experten überarbeiteten, aber nicht grundlegend veränderten) »Strategie 2020« weitreichende Bedeutung: Keine andere Volkswirtschaft der G20 hatte einen stärkeren Rückgang des BIP oder eine höhere Inflationsrate zu verzeichnen gehabt. Die Entkopplung der russischen Wirtschaftsleistung von Rohstoffexporten und der Aufbau alternativer Wirtschaftszweige wurden, besonders während der Präsidentschaft Medwedews, zu zentralen Anliegen der Regierung. Da man vor allem im Bereich der neuen Medien Chancen sah, russische Innovationen international zu vermarkten, wurden junge Erwachsene zu einer Schlüsselgruppe der Modernisierungspolitik. Ab 2008/ 2009 wurden jugendpolitische Strukturen institutionalisiert, um breiten Teilen der jungen Bevölkerung ein Könnensbewusstsein und ein Gefühl der Selbstwirksamkeit zu vermitteln. Auch auf regionaler Ebene entstanden in dieser Zeit vor allem regierungsfinanzierte Jugend-Bildungs-Foren, deren Trainings talentierten jungen Erwachsenen Kompetenzen in Projekt- und Selbstmanagement vermitteln sollen (heute existieren über 30 davon in verschiedenen Föderationssubjekten). Methoden aus dem

Neuro-Linguistischen Programmieren kommen bei diesen Trainings genauso zum Einsatz wie Spiele zur Stärkung des Selbstwertgefühls.

Die starke Bezugnahme auf den antifaschistischen Kampf »Russlands« zu Sowjetzeiten verblasste fast völlig hinter der neuen jugendpolitischen Botschaft: »Erfinde dich selbst (und deinen Job), verwirkliche dein Potential.« Diese inhaltliche Verschiebung spiegelte sich auch in der Bezeichnung der ab 2009 von der Jugendbehörde Rosmolodjosch geförderten Projekte wider, die junge Erwachsene direkt ansprechen und aktivieren sollten: »Du bist ein Unternehmer – starte deine Firma!«, »Sworykin-Projekt – Erfinde und Verkaufe!« (Wladimir Sworykin war Physiker und Erfinder), »Technologien des Guten – Sei menschlich!« oder »Komm, lauf mit mir! – Gesunder Lebensstil«.

Der Einzug aktivierender Techniken des Selbst-Unternehmertums in die Jugendpolitik bedeutete aber keinesfalls eine Abwendung vom moralisch konservativen Regierungsdiskurs. Selbstverwirklichung und unternehmerische Selbständigkeit wurden weniger als Werte an sich gefördert. Vielmehr wurden unternehmerisches Handeln und wirtschaftlicher Erfolg als ein Beitrag zum nationalen Gemeinwohl gerahmt, als Ausdruck eines »praktischen Patriotismus«. Wie es ein hochrangiger Mitarbeiter der Jugendbehörde Rosmolodjosch in einem Interview gegenüber der Autorin ausdrückte:

»Es gibt diesen Begriff des ›Progressors‹ [Entwicklers], desjenigen, der ein Gebiet entwickelt, der eine Gesellschaft nach vorn bewegt. Mir schien schon immer, dass eine unternehmerische Einstellung ideal ist für einen praktischen Patriotismus. Es ist eine Sache, im Stadion eine Flagge für die Heimat zu schwenken, aber eine andere, etwas Produktives zu tun und damit auch noch Geld zu verdienen.«

Mit ähnlichen Techniken aktivierenden Regierens und sanfter Steuerung, wie sie westliche Geldgeber bei der Förderung zivilgesellschaftlicher Entwicklung anwenden, wurde (und wird immer noch) versucht Engagement im Sinne der Regierung anzuregen. Beispielsweise können individuelle Antragssteller jugendpolitische Fördermittel für ihre spezifische Projektidee bekommen – auf regionaler und föderaler Ebene. Ganz im Sinne eines »gelenkten Pluralismus« kann man zwar als Antragsstellerin wählen, ob man eine Projektidee in den Bereichen gesunder Lebenswandel, Soziales, Design, Patriotismus, Nachbarschaft oder Wirtschaft realisieren möchte. Eine Förderung erhalten aber nur jene Projekte, die eine Veränderung anstreben, die der Regierungsideologie nicht zuwiderläuft, die also Herrschaftsverhältnisse (Mitbestimmungsrechte, Rassismus, Geschlechterverhältnisse) weitgehend ausblenden.

Vor allem auf regionaler Ebene trieb die Jugendpolitik in dieser Phase der Institutionalisierung auch die Etablierung von Freiwilligenarbeit voran. Regionale Jugendbehörden förderten nun vor allem jenes kleinformatige, ehrenamtliche Engagement, das schon Anfang der 2000er Jahre von der »Jugendlichen Einigkeit« favorisiert wurde und an sowjetische Vorbilder anknüpfte. Solche Freiwilligeninitiativen (die teils durch regionale Jugendbehörden gegründet wurden, teils schon bestanden und nun vermehrt Förderung erhielten) engagieren sich bis heute für die Unterstützung von Kriegsveteranen, besuchen Waisenhäuser, führen Aufräumaktionen in der Nachbarschaft durch oder propagieren einen gesunden Lebenswandel. So genannte studentische Brigaden unterstützen den Bau und die Durchführung von Großprojekten wie den Olympischen Spielen in Sotschi. Freiwilligeninitiativen für junge Erwachsene werden vor allem an Hochschulen und kommunalen Einrichtungen beworben und organisiert. Diese Verschränkung von jugendpolitischen Programmen und dem studentischen Leben an Hochschulen wird seit 2012 auch auf föderaler Ebene gefördert: Das Bildungsministerium schreibt jährlich Fördermittel zur Entwicklung studentischer Initiativen aus. Die Hochschulen erhalten also finanzielle Anreize, um Studierende zu aktivieren, sie also an gesellschaftliches Engagement heranzuführen und ihr (Selbst-)Unternehmertum zu fördern.

In derselben Phase entstanden aber auch kleine Freiwilligen-Patrouillen (beispielsweise von »StopCham« – »StoppRowdies«, »Lew Protiw« – »Der Löwe ist dagegen«, oder auch von »Mestnyje« – »die Hiesigen«), die, sowjetischen Komsomol-Patrouillen ähnlich, gegen Falschparker, Raucher oder als »illegal« gebrandmarkte Arbeitsmigrantinnen vorgehen. Diese Patrouillen werden aber, anders als die Freiwilligenarbeit, nicht direkt durch jugendpolitische Programme auf regionaler Ebene gefördert. Meist erhalten diese Gruppierungen Haushaltsmittel durch informelle Netzwerke ehemaliger Naschi-Aktivistinnen. Auch wenn das Aktionsrepertoire dieser Patrouillen ein ganz anderes ist als das der Freiwilligen (und mitunter auch den Regierenden missfällt – »StopCham« wurde aufgrund »grober Gesetzesverstöße« mittlerweile die Registrierung als nichtkommerzielle Organisation entzogen), ist ihre Vision einer »ordentlichen Gesellschaft« derjenigen der Freiwilligen nicht unähnlich. Denn auch die »guten Taten« der Freiwilligenorganisationen zielen auf eine moralisch konservative und eben keine emanzipatorische oder liberal-demokratische Erneuerung der Gesellschaft.

Nach der Abwendung der »Orangen Bedrohung« Russlands wurde Jugendpolitik also vor allem zum Förderinstrument (selbst-)unternehmerischen Handelns. Jugendpolitik sollte einerseits ganz direkt die Moderni-

sierung der Volkswirtschaft vorantreiben, andererseits aber auch ermöglichen, junge Erwachsene aktiv am Aufbau einer Sphäre moralisch-konservativen gesellschaftlichen Engagements zu beteiligen.

Krieg in der Ostukraine: Jugendpolitische Strukturen als Kommunikationskanäle

Mit der Annexion der Krim und dem Krieg in der Ostukraine begann 2014 eine Phase erneuter jugendpolitischer Mobilisierung. Projektmanagement und die Förderung von Selbst-Unternehmertum blieben zwar weiterhin das zentrale Standbein der Jugendpolitik, doch die institutionalisierten jugendpolitischen Strukturen wurden nun als Kommunikationskanäle genutzt, um die Behauptung eines neofaschistischen Coups in der Ukraine zu verbreiten. Im Unterschied zur Orangen Revolution unterstützten nun auch Regierungsmitglieder öffentlich diese Behauptung. Vor allem auf den regierungsfinanzierten Jugendforen wird seitdem eine staatlich-völkische russische Mission für eine multipolare Weltordnung und das Recht auf traditionelle Lebensführung in allgemeinen Ansprachen betont. Im Jahr 2014 wurde beispielsweise Conchita Wursts Sieg beim »Eurovision Song Contest« auf verschiedenen regionalen Jugendforen als Beleg für den Niedergang Europas angeführt. In Seminaren über Geschichtsfälschungen versuchte man zu zeigen, dass die unipolare Weltordnung nach 1989 zu mehr Kriegen geführt habe, als die bipolare des Kalten Kriegs, oder dass die Russische Föderation allein aufgrund ihrer Größe einer Machtvertikale bedürfe. Während ab 2014 also die Mobilisierung gegen vermeintliche innere und äußere Bedrohungen erneut die inhaltliche Ausrichtung der Jugendpolitik bestimmt, hat es allerdings keine nennenswerten Versuche gegeben, eine neue kremltreue Avantgarde zu schaffen.

Auch die jüngsten Proteste scheinen daran nichts geändert zu haben. Statt der Wiederbelebung regierungsfinanzierter Jugendorganisationen wie »Naschi« wird die Verschränkung jugendpolitischer Programme mit öffentlichen Bildungsinstitutionen, halbstaatlichen Einrichtungen wie Gesellschaftskammern und gewerkschaftsähnlichen Berufsverbänden weiter ausgebaut. Beispielsweise soll die Freiwilligenarbeit, bisher vor allem durch die Jugendbehörde Rosmolodjosch koordiniert, zukünftig ressortübergreifend organisiert werden. Noch dieses Jahr ist geplant, ein seit 2013 diskutiertes, umstrittenes Gesetz für Freiwilligenarbeit zu verabschieden. Es sieht, ähnlich der NGO-Gesetzgebung, den Aufbau eines staatlichen Systems des Freiwilligenengagements sowie eine Registration aller Freiwilligen vor.

Fazit

Die zukünftige Entwicklung der Jugendpolitik scheint weniger auf eine direkte Verhinderung von regierungskritischem Protest zu zielen – hier dienen mittlerweile als Instrument vor allem die NGO- und Demonstrationsgesetzgebung sowie die Gesetze zur Extremismusbekämpfung. Jugendpolitik dürfte sich eher an der partizipativen Einbindung weiter Bevölkerungsteile in eine moralisch-konservative Sphäre gesellschaftlichen Engagements und unternehmerischen Wirkens versuchen.

Über die Autorin

Anna Schwenck ist Doktorandin an der Humboldt-Universität zu Berlin. Ihre Dissertation im Fach Soziologie untersucht am Beispiel der Teilnehmer*innen regierungsfinanzierter Jugend-Bildungsforen in der Region Krasnojarsk und der Republik Sacha die Vielschichtigkeit von Konformismus unter jungen Erwachsenen in Russland heute. In Kürze erscheint ihr Artikel »Russian Politics of Radicalisation and Surveillance.« in dem Sammelband »Governing Youth Politics in the Age of Surveillance«, der von Maria Grasso und Judith Bessant herausgegeben wird (London: Routledge 2018).

Lesetipps

- Hemment, Julie: Youth Politics in Putin's Russia: Producing Patriots and Entrepreneurs. Bloomington: Indiana University Press 2015.
- Bikbov, Aleksandr: Offizieller Traditionalismus und Protestalternativen in Russland, in: Religion und Gesellschaft in Ost und West, 43.2015, Nr. 4–5, S. 20–22.
- Bröckling, Ulrich: Das Unternehmerische Selbst: Soziologie einer Subjektivierungsform. Frankfurt am Main: Suhrkamp 2007.

ANALYSE

Russische Jugend zwischen Rebellion und Integration

Félix Krawatzek, Oxford

Zusammenfassung

Die Proteste in der ersten Jahreshälfte 2016 in Russland haben das Thema Jugend wieder auf die Tagesordnung politischer Kommentatoren gebracht. Damit verbunden ist die Frage, welchen Anteil der russischen Jugend die politische Führung gegen sich aufgebracht hat, und ob solche Demonstrationen das Regime eventuell gar in existentielle Not bringen könnten. Ein Blick auf jüngste Umfragewerte zeigt jedoch, dass die russische Jugend in weiten Teilen mit den von der politischen Führung propagierten Werten übereinstimmt und ein eher geringes Protestpotential aufweist. Diese Umfragewerte und die jüngste Protestwelle sollten darüber hinaus im Zusammenhang mit der Entwicklung regimetreuer Jugendorganisationen verstanden werden. Während nach 2005 viel Aufmerksamkeit investiert wurde um Jugendliche zu Unterstützern des Regimes zu erziehen, ergeben diese Maßnahmen mittlerweile kein kohärentes Gesamtbild mehr. Dies hinterlässt ein Vakuum, das Nawalnyj durch seinen charismatischen Führungsstil füllen konnte. Jedoch sollten diese Proteste nicht vergessen lassen, dass Jugendliche, die ausschließlich Putin als Präsident erlebt haben auch mit den unter seiner Führung propagierten Werten aufgewachsen sind und diesen in ihrer Mehrheit nicht kritisch gegenüberstehen.

Russische Jugend außer Kontrolle?

Die vor allem von Jugendlichen getragenen Proteste in diesem Jahr haben in weiten Teilen der westlichen Medien zu begeisterten Kommentaren über die demokratische Wiederbelebung Russlands geführt. Als Reaktion auf die von Nawalnyj und seinem Team aufgedeckte Korruption, insbesondere der daraus resultierenden weitreichenden Besitztümer Dmitrij Medwedews, gingen allein im März mehr als 60.000 Menschen im gesamten Land auf die Straße. Weder die Behörden noch die Opposition selbst hatten eine derartige Anzahl an Demonstranten oder eine solche geographische Reichweite der Proteste erwartet, bei denen knapp 3.600 Menschen kurzfristig inhaftiert wurden.

Angesichts dieser weitreichenden Proteste drängt sich eine Reihe von Fragen auf, um die russische Jugend besser im gegenwärtigen politischen Gefüge zu verorten. Wie bewerten Jugendliche selbst die Proteste? Sind diese ein Anzeichen für einen tiefergehenden Wandel im Verhältnis zwischen Jugend und politischer Führung? Inwiefern kann der Staat auf die schlagkräftige Unterstützung durch offizielle Jugendorganisationen bauen?

Die Proteste verstärken auf den ersten Blick den Eindruck, dass Putin die Kontrolle über einen Teil Russlands, nämlich die erstarkende Zivilgesellschaft und hier insbesondere viele Jugendliche, verliert. Alexej Nawalnyj und der linksgerichtete Oppositionelle Sergei Udalzow bemühen sich seit langem um die Jugend – ihre kremlkritische Haltung spricht augenscheinlich viele Jugendliche an, ebenso wie ihre persönliche Kommunikationsstrategie. Personifiziert durch diese zwei Individuen wurden Proteste für eine größere Menge ein geeignetes Medium zum Ausdruck politischer Unzufriedenheit. Dadurch ist Jugend wieder ein wichtiger symbolischer Teil der russischen Öffentlichkeit geworden, da die junge Generation nicht mehr nur als apolitisch und wirtschaftlich opportunistisch wahrgenommen wird.

Das Meinungsbild junger Menschen in Russland zu den Protesten 2017

Bei einem Blick auf die von der »Stiftung Öffentliche Meinung« (FOM) erhobenen Umfragewerte zeigen sich jedoch Nuancen dieses Bildes von einer rebellierenden jungen Generation. Unmittelbar nach den Protesten im März wurde bereits deutlich, wie wenig über diese Proteste insgesamt bekannt war. Etwa die Hälfte der Befragten gab an, überhaupt etwas von diesen Protesten gehört zu haben (siehe Russland-Analysen Nr. 334, Grafik 11), wobei das Wissen um die Proteste unter den jungen Erwachsenen im Alter von 18 bis 30 Jahren sogar noch geringer ausfiel. Eine klare Einstellung gegenüber den Protesten hatten ebenfalls nur wenige – von den unter 30-Jährigen gaben knapp 8 Prozent an, dass sie die Proteste unterstützten, und 6 Prozent, dass sie diese verurteilten. Der Grad der Unterstützung deckt sich in etwa mit dem in der restlichen Bevölkerung. Auffällig ist, dass das russisch-sowjetische Mantra einer Bedrohung durch den Westen im Bewusstsein der Bevölkerung verankert ist: Wie innerhalb der Gesamtbevölkerung glauben auch unter den 18- bis 30-Jährigen ein knappes Viertel, dass die Demonstranten nicht auf eigene Initiative hin gehandelt hätten (siehe Russland-Analysen Nr. 334, Grafik 10); nur 10 Prozent gehen von der einer Unabhängigkeit der Proteste aus. Insbesondere unter jüngeren Russen war Nawalnyj nicht sonderlich bekannt – mehr als die Hälfte gab an, im Rahmen der März-Proteste zum ersten Mal von ihm gehört zu haben, ein Wert über dem in der Gesamtbevölkerung. Die landläufige Mei-

nung von der apolitischen Jugend spiegelte sich in den Umfragen insofern wider, als ein Viertel der Befragten Nawalnyj und den Protesten gegenüber indifferent war oder schlicht keine Antwort auf die Frage hatte.

Bezüglich der Proteste im Juni lässt sich festhalten, dass am Vorabend der Proteste nur knapp 21 Prozent der gesamten Bevölkerung etwas von den Protesten wusste (25 % der 18- bis 30-Jährigen), nach den Protesten jedoch knapp die Hälfte der jüngeren Russen über die Ereignisse im Bilde war (<http://fom.ru/Nastroeniya/13591>). Am Vorabend der Proteste unterstützten knapp 4 Prozent der 18- bis 30-Jährigen die Proteste, während 10 Prozent sie verurteilten – nach den Protesten zeigte sich das Meinungsbild etwas geschärfter mit 9 Prozent Unterstützung, 5 Prozent Verurteilung und 20 Prozent Indifferenz.

Diese Umfragewerte suggerieren somit ein eher geringes Protestpotenzial bei jungen Menschen in Russland. Es trifft nicht zu, dass sich die junge Generation grundsätzlich von Putin entfremdet hat und in die weit geöffneten Arme der Opposition läuft.

Politische Ansichten der Jugend in Russland

Die große Masse der jungen Menschen bringt die Regierung also nicht durch ihre kritische Haltung in Bedrängnis. Damit verbunden ist nun die Frage nach dem Verhältnis zwischen den von Putins Führung propagierten und den von der Bevölkerung vertretenen politischen Ansichten.

Zunächst ist festzustellen, dass im Schnitt etwa 70 Prozent der jungen Menschen der Meinung sind, ihr Land bewege sich in die richtige Richtung. Im Durchschnitt ist die Unterstützung für den aktuellen politischen Kurs unter jungen Menschen sogar höher als in der Gesamtbevölkerung in Russland. In dieser Hinsicht ist insbesondere die Rolle des Fernsehens, auch für junge Menschen, nicht zu unterschätzen. Daten für 17- bis 34-Jährige suggerieren, dass gerade am oberen Ende dieser Altersgruppe das Fernsehen wieder an Bedeutung gewinnt, und zwar auf Kosten des Internet. Für weit mehr als die Hälfte der unter 30-Jährigen bleibt das Fernsehen die Hauptinformationsquelle und bemerkenswerterweise auch die Informationsquelle, der sie am meisten vertrauen (bei 18- bis 30-jährigen ist das Vertrauen ins Fernsehen am geringsten, aber immer noch höher, als das in Informationen aus dem Internet – 36 % bzw. 31 %; siehe Grafik 4 auf S. 11).

Die Ergebnisse einer im Frühjahr 2017 durchgeführten Umfrage unter 17- bis 34-Jährigen unterstreicht das zwischen den Protesten des Jahres 2017 und der politischen Meinungswelt junger Menschen in Russland bestehende Spannungsfeld. Der Befragung zufolge sind knapp drei Viertel der Ansicht, dass Schlüsselunternehmen verstaatlicht werden sollten, und 28 Prozent unterstützen in irgendeiner Art sozialistische Ansichten. Die junge Generation, so scheint es, lehnt den Ego-Kapitalismus der 1990er Jahre ab – nur etwa 20 Prozent bevorzugen ein liberales Wirtschaftsmodell und die Privatisierung von großen Wirtschaftsunternehmen (siehe Grafiken 2–3 auf S. 10/11).

Was nun die politische Mobilisierung betrifft, gibt es bei jungen Menschen Ähnlichkeiten zum Durchschnitt der älteren Generation, mit anderen Worten: Das Mobilisierungspotential ist gering. Gefragt, ob sie an einem Flashmob oder Protesten teilnehmen würden, gaben in der Altersgruppe der 17- bis 34-Jährigen nur knapp über 5 Prozent an, dass sie dies häufig tun würden. Auf die Frage, ob sie bereits an Protesten teilgenommen hätten, antworteten 84 Prozent, dass sie dies noch nicht getan hätten (siehe Grafik 13 auf S. 16). Dementsprechend gibt auch nur die knappe Hälfte der jungen Befragten an, an Politik interessiert zu sein.

Auch wenn die Werte von FOM mehr Kontinuitäten als Brüche zwischen den Generationen suggerieren (ähnliche Ergebnisse findet man bei den anderen Meinungsforschungsinstitutionen), ist nichtsdestotrotz nicht nur der Durchschnitt relevant, sondern auch die »Ausreißer«. Somit schließt sich die Frage an, *wer* bereit ist, das Risiko politischer Mobilisierung einzugehen, und inwiefern dies die Führung intern und extern unter Druck setzen könnte. Unter dieser Perspektive sind die jüngsten Proteste relevant, denn sie deuten auf eine fortschreitende Politisierung und verstärkte Selbstorganisation der Zivilgesellschaft hin. Trotz der restriktiven Gesetzgebung, der Schikanen und des handfesten Drucks auf NGOs gibt es auch unter der jüngeren Bevölkerung Praktiken zivilgesellschaftlichen Handelns. Problematisch ist in dieser Hinsicht jedoch, dass Nawalnyj derzeit auf nationalem Niveau der einzige sichtbare Oppositionspolitiker ist. Nur er und sein Team scheinen in der Lage zu sein, das oppositionelle Potenzial zu mobilisieren – das wird vom »Lewada-Institut« auf zwei bis drei Millionen geschätzt (<http://www.levada.ru/2017/04/06/v-chemosobennosti-novoj-volny-protestov-v-rossii/>).

Jugendorganisationen als Sprachrohr der Regierung?

Ungeachtet des allgemeinen Wunsches nach Erhalt des Status quo stellen junge Russen einen bedeutenden Teil der kürzlich Protestierenden dar. Ein Blick auf die Entwicklung russischen Jugendbewegungen über die letzten Jahre hilft hier, um die Diskrepanz zwischen den eher konformistischen Umfragewerten und der punktuell sehr sichtbaren politischen Mobilisierung Jugendlicher besser zu verstehen (s. auch den Beitrag von Anna Schwenck in dieser Ausgabe, S. 2–6). Im Kontext der

farbigen Revolutionen im postsowjetischen Raum hatte der Kreml die Jugend wieder stärker ins Augenmerk genommen. Wie auch zuvor der sowjetische Staat, hat die politische Führung unter Putin ungefähr seit 2005 versucht, die Jugend symbolisch und praktisch stärker in das institutionelle System einzubinden. Junge Menschen wurden von den russischen Machthabern durch die Gründung der staatlich finanzierten Jugendorganisation »Naschi« (»Die Unseren«) kräftig instrumentalisiert: Die Organisation erzog ihre Mitglieder zu Unterstützern des Regimes. Zu diesem Zeitpunkt wussten die Machthaber, wie sie mit der Jugend umgehen mussten: Der kremltreuen Bewegung gelang es, aufkommende oppositionelle Jugendaktivitäten im Keim zu ersticken.

Einige Jahre später betrachtete die politische Elite die Aufgabe der Jugendmobilisierung jedoch als erfüllt. »Naschi« verschwanden um 2012 von der Bildfläche, und kleinere Nachfolgebewegungen hatten wenig Erfolg bei jungen Russen. Bis heute haben die Machthaber keine schlüssige Botschaft formuliert, die über »patriotische Erziehung« hinausgeht. Es gibt eine Reihe an nicht sonderlich bekannten kurzlebigen Bewegungen (»Set«, »Chrjuschi protiw«, »StopCham« oder »Begi sa mnoj«). Die jüngste unter ihnen ist »Junarmija« (»Junge Armee«). 2015 durch Putin ins Leben gerufen, hat die Organisation mittlerweile knapp 30.000 Mitglieder, die am 9. Mai, dem »Tag des Sieges«, aufmarschierten, um auch in diesem Jahr die Unterstützung der jungen Generation für Putin zu illustrieren. Diese Bemühungen im Rahmen des bisher Bekannten sind jedoch auch als Zeichen dafür zu werten, dass die Führung nach wie vor keine abschließende Antwort auf die Frage gefunden hat, wie sie die Jugend einbinden soll.

Jugendorganisationen sollen nämlich auch als präventive Maßnahme der Führung fungieren, um regimekritische Demonstrationen zu verhindern. Sie bergen jedoch ein Element des Unberechenbaren, da jugendliche Selbstorganisation nur bedingt kontrollierbar ist. Einmal erlangtes Wissen darüber, wie Gruppen mobilisiert und Interessen koordiniert werden, können später für ganz unterschiedliche Zwecke eingesetzt werden. Die politischen Vorstellungen Jugendlicher sind volatil und vielfältig. Die durch den Kreml periodisch ins Leben gerufenen Jugendorganisationen haben schlussendlich auch dazu beigetragen, dass Jugendliche Teil des gesellschaftlichen Systems wurden und Verantwortung ergreifen. Diese jungen Menschen nutzen Freiräume, die nach wie vor auch in Russland bestehen. Auch politisch können junge Russen Kritik üben, solang sich diese Kritik nicht gegen das System richtet, sondern sich auf konkretes Missverhalten der (regionalen oder lokalen) Verwaltung bezieht. Vielmehr ist festzuhalten, dass soziales Engagement als wichtig und notwendig dargestellt wird und stattfinden kann.

Fazit

Die jüngsten Proteste sind Teil eines wachsenden Aktivismus in Russland. Sie sind ein Zeichen für die Mobilisierungskräfte Nawalnyjs, allerdings sind solcherlei Beobachtungen wieder in einem weiteren Kontext zu verorten. Die lange Regierungszeit Putins, verbunden mit ostentativer Abgrenzung von westlichen Werten und denen der Perestroika, hat ihre Spuren in der Bevölkerung hinterlassen, wie Meinungsumfragen aufzeigen. Markante Schwächen im Schulsystem haben dazu geführt, dass es für junge Menschen schwierig ist, ihr kritisches Denken zu schulen und sich gegenüber den patriotisch-nationalistischen Slogans zu positionieren. Es ist somit (noch) nicht zutreffend, von einer Entfremdung Jugendlicher von der politischen Führung zu sprechen, auch wenn die sichtbare Unterstützung für das Regime bei weitem nicht mehr an das nach 2005 erreichte Level herankommt. Auch wenn weitere von Jugend getragene Proteste wahrscheinlich sind, sollten uns diese nicht über die vorherrschenden systemtreuen politischen Orientierungen eines Großteils der Bevölkerung täuschen.

Über den Autor

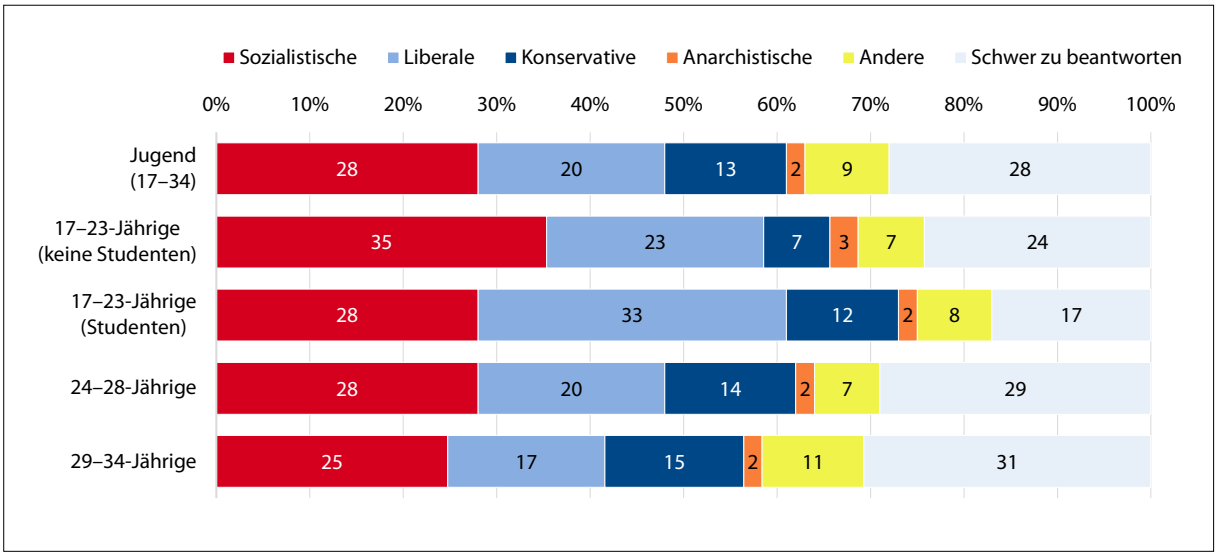
Félix Krawatzek ist Postdoktorand der »British Academy« an der Universität Oxford. Seine Studie »Youth in Regime Crisis« ist gegenwärtig in Vorbereitung; weitere Publikationen zur Jugendmobilisierung umfassen:

- Fallen Vanguard and Vanished Rebels? Political Youth Involvement in Extraordinary Times, in: Matthias Schwartz, Heike Winkel (Hrsg.): East European Youth Cultures in a Global World, Basingstoke: Palgrave Macmillan 2016, S. 177–201.
- Komsomol, »Naši« und Informelle. Jugendmobilisierung in Russland, in: Osteuropa, 63.2013, Nr. 11/12, S. 137–150.

UMFRAGE

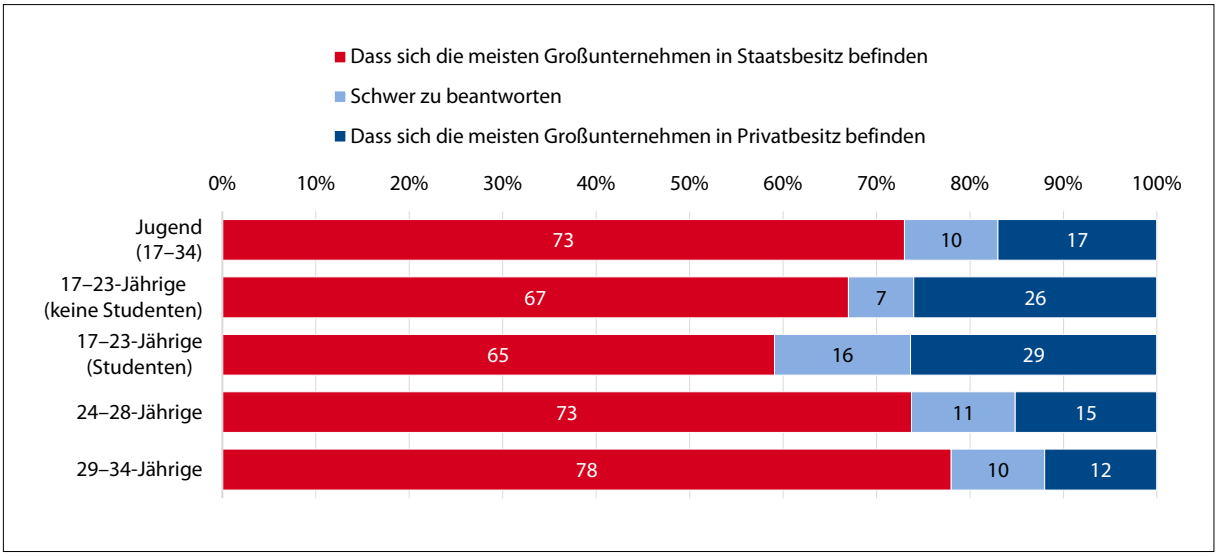
Einstellungen von Jugendlichen

Grafik 1: Welchen politischen Ansichten bzw. Überzeugungen neigen Sie eher zu – sozialistischen, liberalen, konservativen, anarchistischen oder noch anderen?



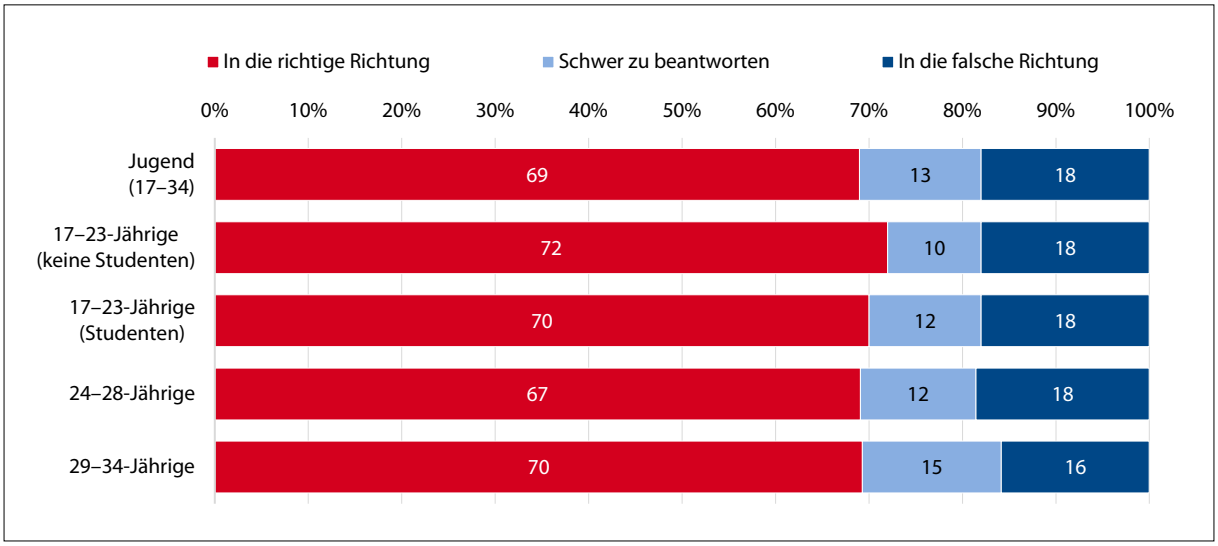
Quelle: repräsentative Umfrage des »Fond obschtschestwennogo mnenija« vom 1.–15. März 2017, <http://fom.ru/TSennosti/13288>, *veröffentlicht am 13. April 2017*

Grafik 2: Was ist Ihrer Meinung nach besser für das Land – wenn sich ein Großteil der Großunternehmen in Staatsbesitz befinden oder aber in Privatbesitz?



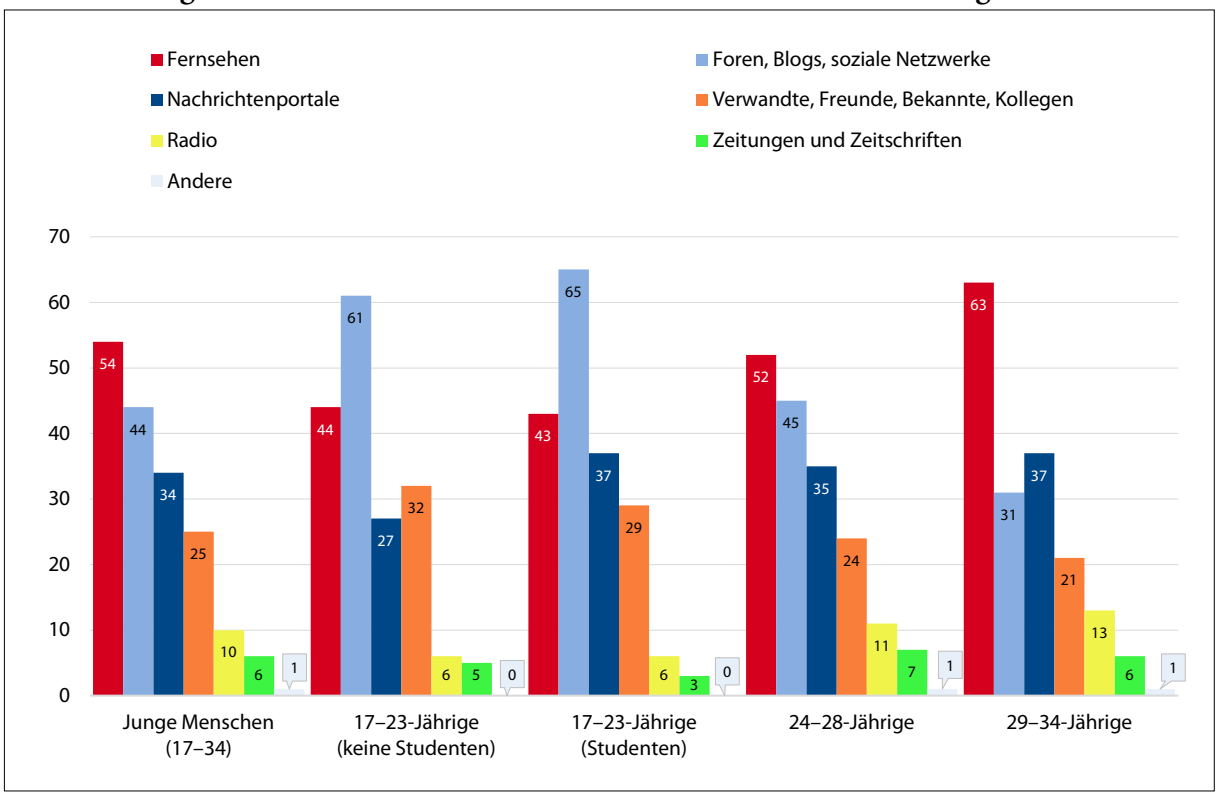
Quelle: repräsentative Umfrage des »Fond obschtschestwennogo mnenija« vom 1.–15. März 2017, <http://fom.ru/TSennosti/13288>, *veröffentlicht am 13. April 2017*

Grafik 3: Entwickelt sich Russland im Großen und Ganzen in die richtige oder in die falsche Richtung?



Quelle: repräsentative Umfrage des »Fond obschtschestwennogo mnenija« vom 1.–15. März 2017, <http://fom.ru/TSennosti/13288>, *veröffentlicht am 13. April 2017*

Grafik 4: Aus welchen Quellen erhalten Sie Nachrichten über Ereignisse aus dem Leben Ihrer Region, des Landes und der Welt? Höchstens zwei Antworten möglich.



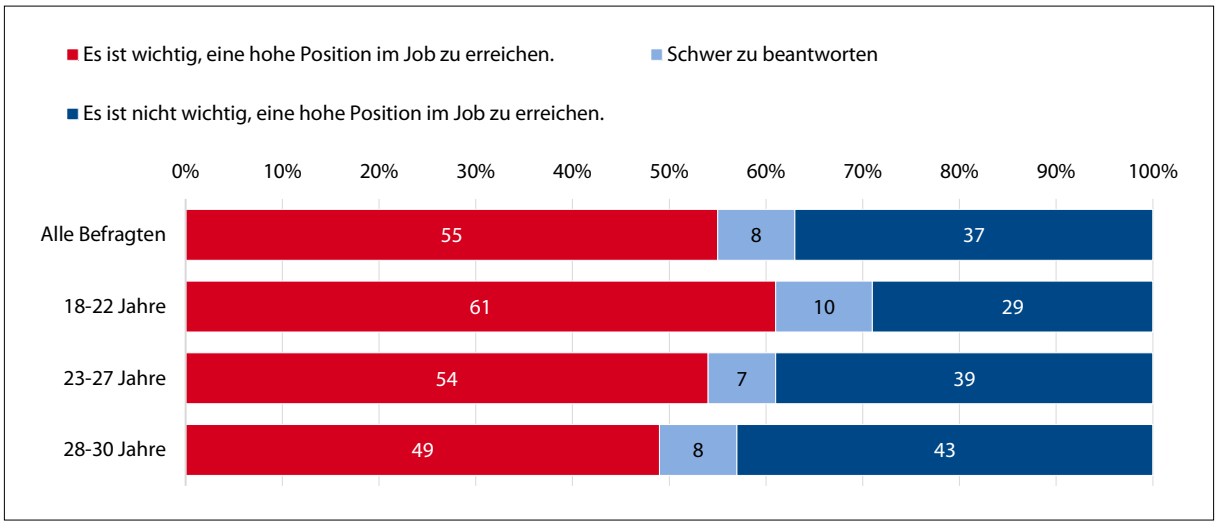
Quelle: repräsentative Umfrage des »Fond obschtschestwennogo mnenija« vom 1.–15. März 2017, <http://fom.ru/Politika/13285>, *veröffentlicht am 18. April 2017*

Tabelle 1: Welche der nachfolgenden Dinge sind Ihnen gegenwärtig am wichtigsten? Nennen Sie höchstens drei Positionen.

	Alle Befragten	18–22 Jahre	23–27 Jahre	28–30 Jahre
Gegenseitiges Verständnis und gute Beziehungen in der Familie	75	69	77	79
Materieller Wohlstand und Komfort	62	48	67	71
Gute körperliche Verfassung und Wohlbefinden	30	27	30	32
Eine interessante Arbeit, berufliche Weiterentwicklung	26	27	27	25
Kommunikation mit Freunden und Bekannten	23	28	22	20
Selbstverwirklichung und Entwicklung	20	23	19	17
Liebe und romantische Beziehungen	17	24	16	10
Karriere und beruflicher Aufstieg	15	16	14	15
Freiheit, Unabhängigkeit	14	14	14	14
Kreativität, unterhaltsame Hobbys	5	8	4	4
Gesellschaftliche Anerkennung, Beliebtheit	1	2	1	1
Etwas anderes	1	1	1	0
Nichts ist wichtig	0	0	0	0
Schwer zu beantworten	0	1	0	0

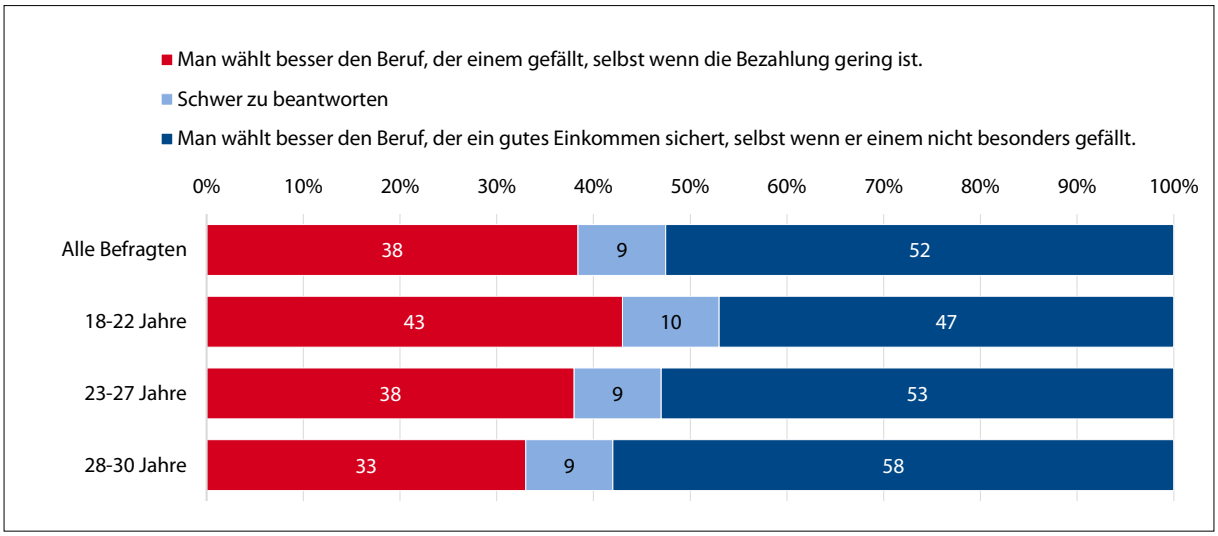
Quelle: repräsentative Umfrage des »Fond obschtschestwennogo mnenija« vom 18. Mai 2016, <http://fom.ru/TSennosti/13083>*, veröffentlicht am 3. November 2016*

Grafik 5: Für einige Menschen ist es wichtig, auf der Arbeit eine hohe Stellung zu erreichen, eine Führungsposition. Anderen ist dies egal. Zu welcher Art Menschen zählen Sie sich?



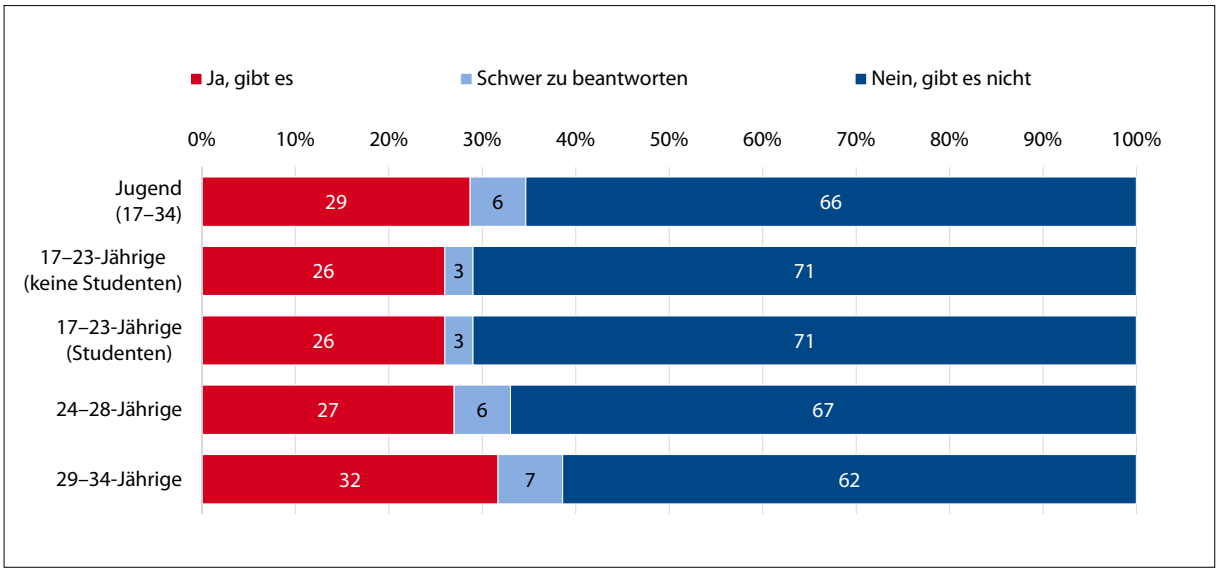
Quelle: repräsentative Umfrage des »Fond obschtschestwennogo mnenija« vom 18. Mai 2016, <http://fom.ru/TSennosti/13083>*, veröffentlicht am 3. November 2016*

Grafik 6: Manche glauben, dass man den Beruf wählen sollte, der einem gefällt, selbst wenn die Bezahlung gering ist. Andere glauben, dass man besser den Beruf wählen sollte, der ein gutes Einkommen sichert, selbst wenn er einem nicht besonders gefällt. Welche Einstellung liegt Ihnen näher?



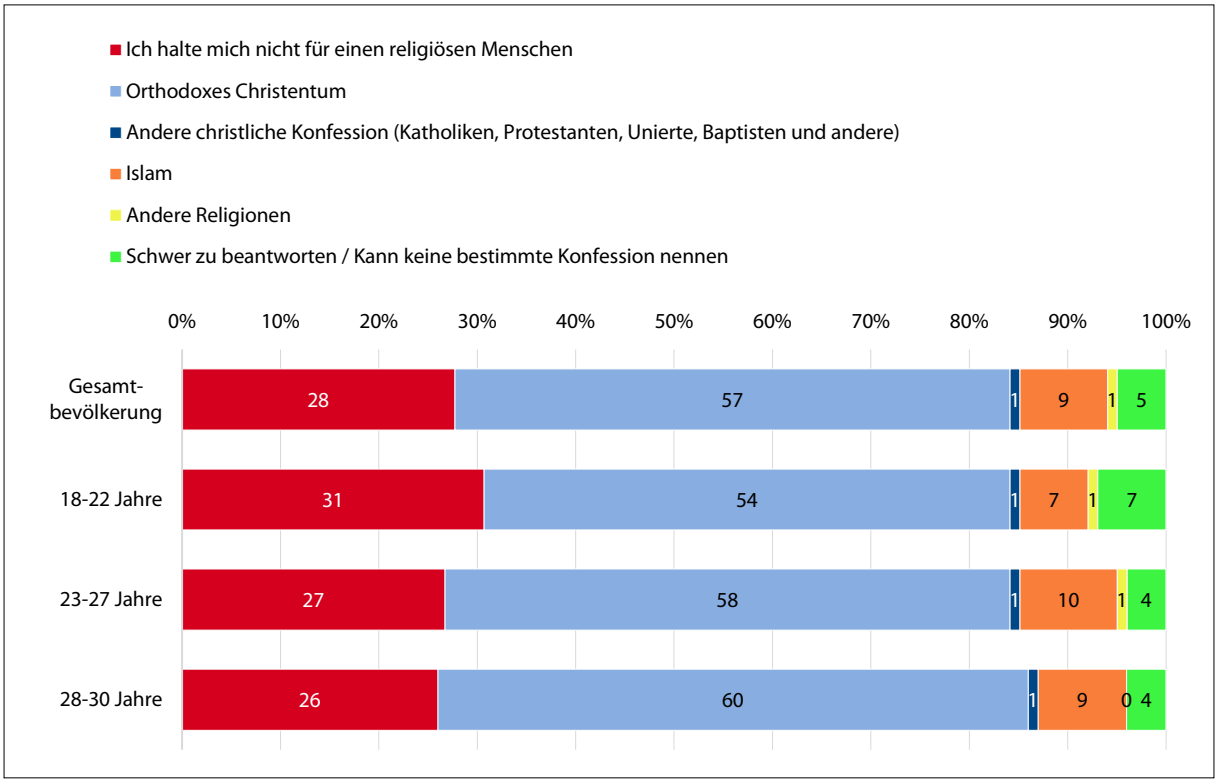
Quelle: repräsentative Umfrage des »Fond obschtschestwennogo mnenija« vom 18. Mai 2016, <http://fom.ru/TSennosti/13083>*, veröffentlicht am 3. November 2016*

Grafik 7: Gibt es unter bekannten Persönlichkeiten – Kulturschaffenden, Wissenschaftlern, Politikern, Sportlern usw. – jemanden, der für Sie eine moralische Autorität ist, oder gibt es eine solche Persönlichkeit nicht?



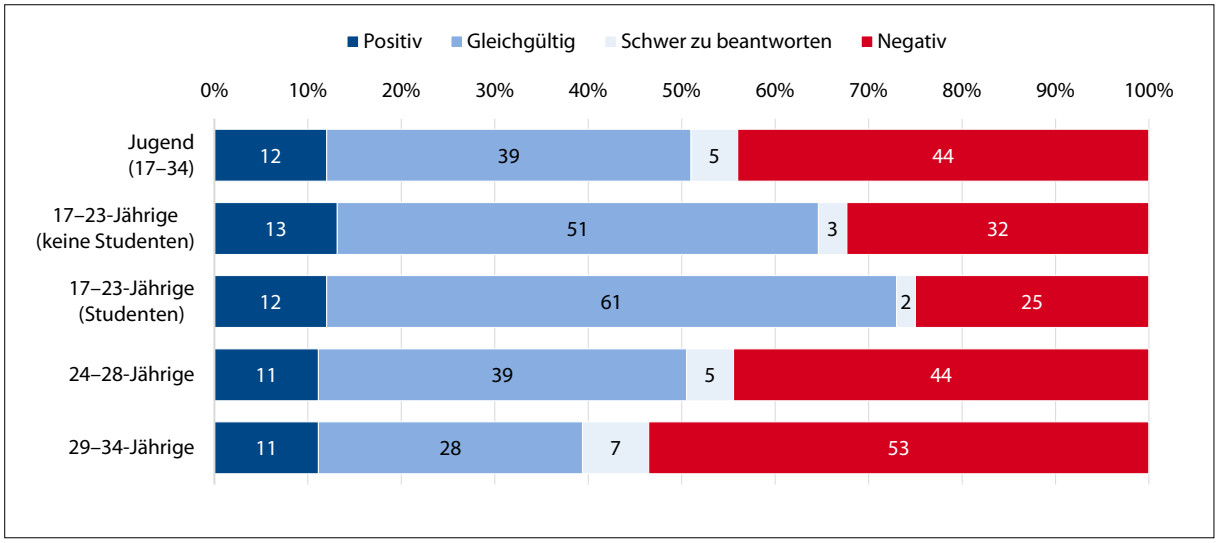
Quelle: repräsentative Umfrage des »Fond obschtschestwennogo mnenija« vom 1.–15. März 2017, <http://fom.ru/TSennosti/13288>*, veröffentlicht am 13. April 2017*

Grafik 8: Halten Sie sich für einen religiösen Menschen? Wenn ja, welcher Glaubensrichtung (Konfession) gehören Sie an?



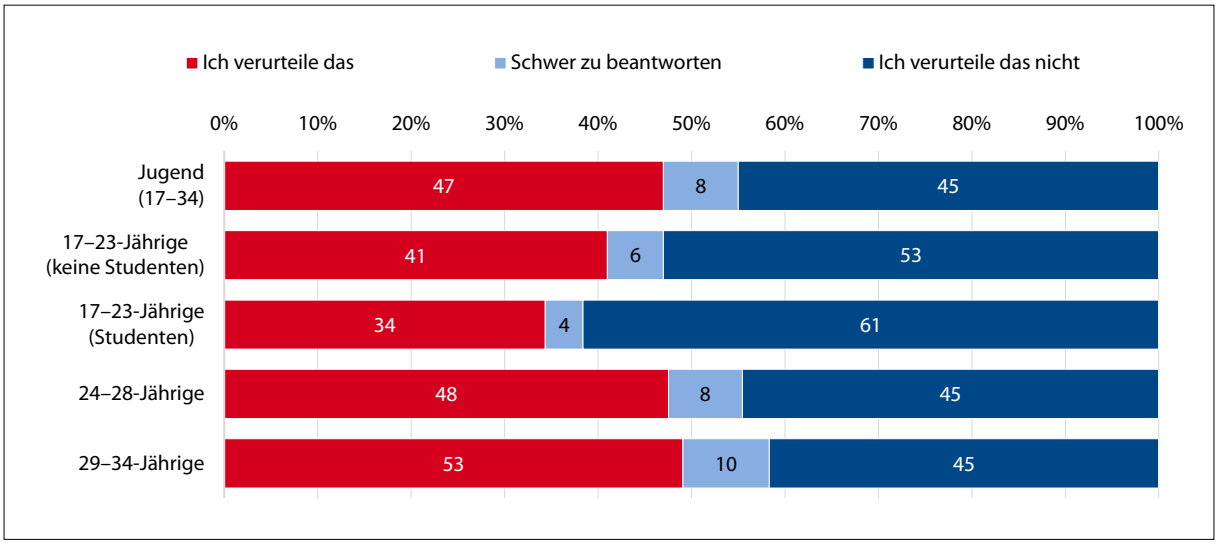
Quelle: repräsentative Umfrage des »Fond obschtschestwennogo mnenija« vom 18. Mai 2016, <http://fom.ru/TSennosti/13083>*, veröffentlicht am 3. November 2016*

Grafik 9: Wenn sich in Ihrer Nähe Migranten aus Zentralasien niederließen, wie würden Sie darauf reagieren – positiv, negativ oder gleichgültig?



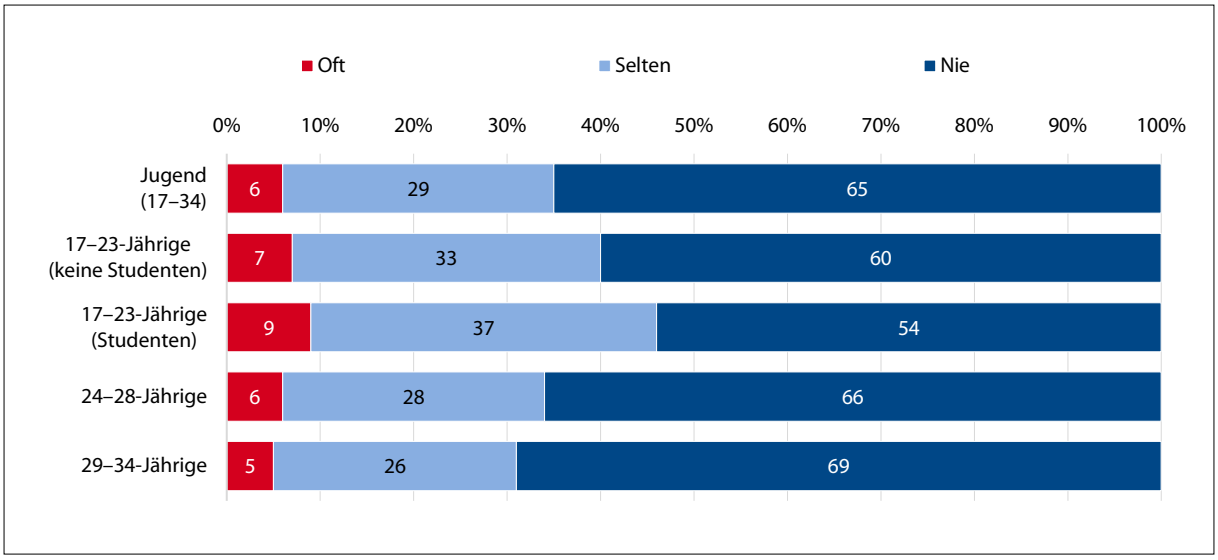
Quelle: repräsentative Umfrage des »Fond obschtschestwennogo mnenija« vom 1.–15. März 2017, <http://fom.ru/TSennosti/13288>*, veröffentlicht am 13. April 2017*

Grafik 10: Welche Einstellung haben Sie persönlich gegenüber sexuellen Minderheiten? Verurteilen Sie das oder nicht?



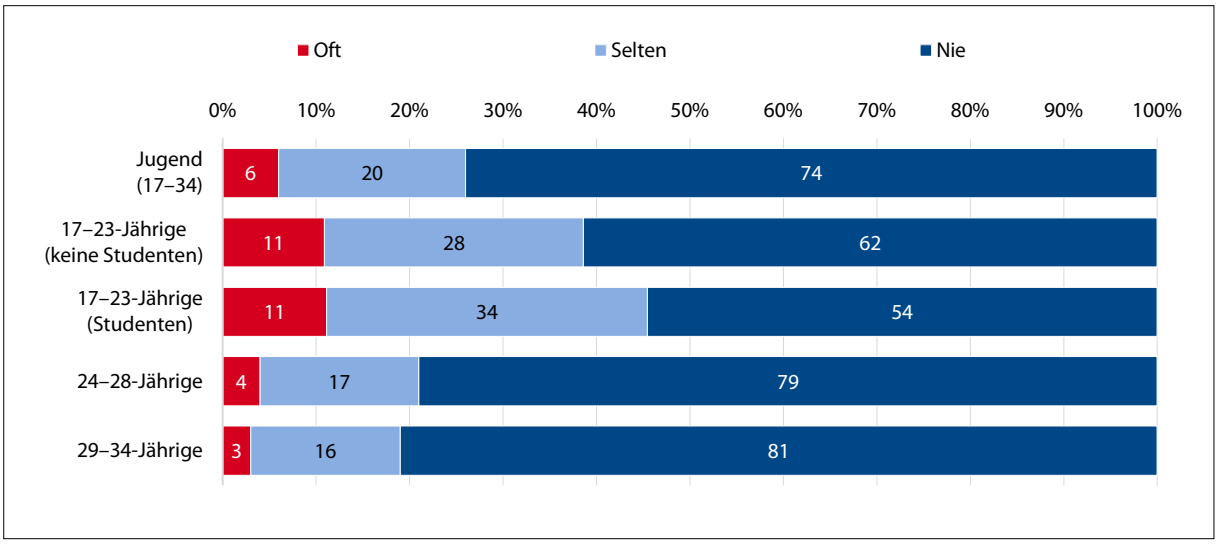
Quelle: repräsentative Umfrage des »Fond obschtschestwennogo mnenija« vom 1.–15. März 2017, <http://fom.ru/TSennosti/13288>, *veröffentlicht am 13. April 2017*

Grafik 11: Sprechen wir darüber, was Sie in den letzten ein, zwei Jahren gemacht haben. Ich werde Ihnen die Sachen nennen, und Sie sagen mir, was Sie häufig gemacht haben, was selten, und was in den letzten ein, zwei Jahren nicht vorkam.
Haben Sie sich in den letzten zwei Jahren an der Arbeit von Freiwilligenorganisationen oder wohltätigen Vereinen beteiligt?



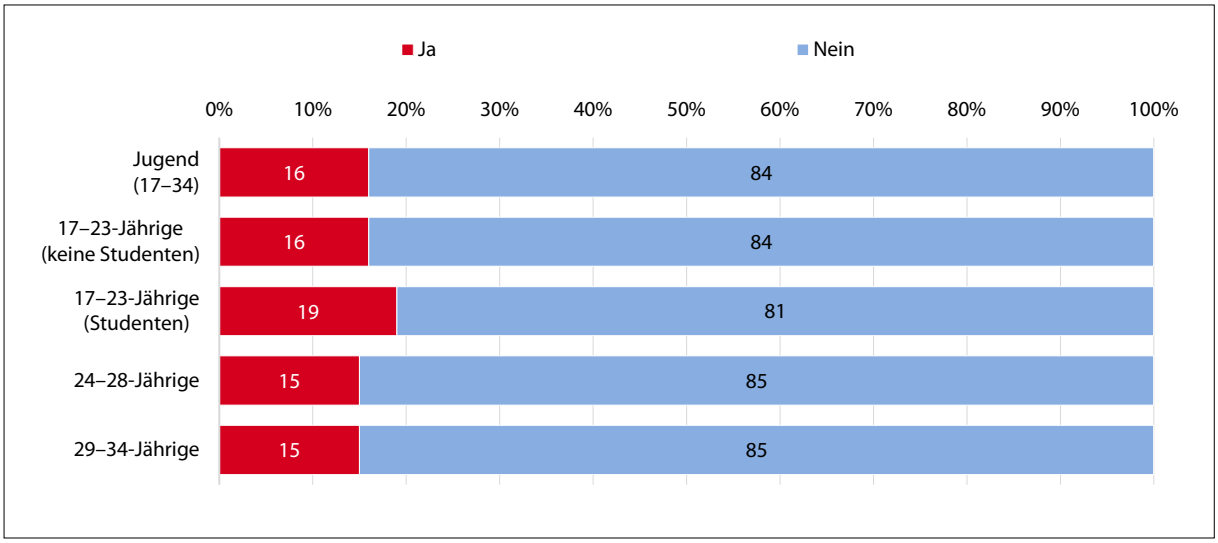
Quelle: repräsentative Umfrage des »Fond obschtschestwennogo mnenija« vom 1.–15. März 2017, <http://fom.ru/TSennosti/13286>, *veröffentlicht am 13. April 2017*

Grafik 12: Sprechen wir darüber, was Sie in den letzten ein, zwei Jahren gemacht haben. Ich werde Ihnen die Sachen nennen, und Sie sagen mir, was Sie häufig gemacht haben, was selten, und was in den letzten ein, zwei Jahren nicht vorkam. Haben Sie in den letzten zwei Jahren an Massenveranstaltungen oder an Flashmobs teilgenommen?



Quelle: repräsentative Umfrage des »Fond obschtschestwennogo mnenija« vom 1.–15. März 2017, <http://fom.ru/TSennosti/13286>, veröffentlicht am 13. April 2017

Grafik 13: Sprechen wir darüber, was Sie in den letzten ein, zwei Jahren gemacht haben. Ich werde Ihnen die Sachen nennen, und Sie sagen mir, was Sie häufig gemacht haben, was selten, und was in den letzten ein, zwei Jahren nicht vorkam. Ist es in den letzten zwei Jahren vorgekommen, dass Sie an Kundgebungen, Demonstrationen oder Protestaktionen teilgenommen ghaben?



Quelle: repräsentative Umfrage des »Fond obschtschestwennogo mnenija« vom 1.–15. März 2017, <http://fom.ru/TSennosti/13286>, veröffentlicht am 13. April 2017

CHRONIK

22. September – 4. Oktober 2017

22.09.2017	Ein Bezirksgericht der Stadt Simferopol verurteilt den Journalisten Nikolaj Semena wegen des öffentlichen Aufrufs zur Verletzung der territorialen Integrität Russlands zu zweieinhalb Jahren Freiheitsentzug auf Bewährung. Semena hatte laut Anklage in einem Artikel dazu aufgerufen, die von Russland annektierte ukrainische Halbinsel Krim zu isolieren.
23.09.2017	In Moskau wird der Oppositionspolitiker und Koordinator der »Linksfront« Sergei Udalzow vorübergehend festgenommen. Er soll mit der Veranstaltung »Antikapitalismus« eine nicht genehmigte Demonstration veranstaltet haben. Auch etwa 50 weitere Teilnehmer werden festgenommen, darunter der Schriftsteller und Politiker Eduard Limonow.
24.09.2017	Erneut müssen in Moskau mehrere Tausend Menschen nach telefonischen Bombendrohungen aus Einkaufszentren evakuiert werden. Seit dem 10. September werden in vielen Großstädten Russlands anonyme Drohanrufe registriert. Bis jetzt hat sich nicht eine Drohung bewahrheitet.
24.09.2017	Der russische General Walerij Asapow wird bei einem Mörserangriff der Terrormiliz »Islamischer Staat« nahe der syrischen Stadt Deir-es-Zor getötet. Er war Chef der russischen Militärberater in Syrien.
25.09.2017	Der Gouverneur des Gebiets Samara wird per Dekret des Präsidenten von seinem Posten entbunden und zum »Sondervertreter des Präsidenten für die Beziehungen mit dem Weltkongress der finno-ugrischen Völker« ernannt. Dmitrij Asarow, Vertreter des Gebiets Samara im Föderationsrats, übernimmt kommissarisch das Amt des Gouverneurs.
25.09.2017	Der Hohe Kommissar der Vereinten Nationen für Menschenrechte beschuldigt Russland schwerer Menschenrechtsverletzungen auf der Krim. Seit der Annexion der ukrainischen Halbinsel seien willkürliche Verhaftungen und Festnahmen, Verschwindenlassen, Misshandlungen und Folter sowie mindestens eine außergerichtliche Hinrichtung dokumentiert worden.
26.09.2017	Der Gouverneur des Gebiets Nishnij Nowgorod Walerij Schanzew wird auf eigenen Wunsch von seinem Amt entbunden. Zum kommissarischen Nachfolger wird Gleb Nikitin ernannt.
26.09.2017	Der Physiker Aleksandr Sergejew wird zum Präsidenten der Russischen Akademie der Wissenschaften gewählt.
26.09.2017	Die russische Fluggesellschaft »Vim Avia« muss wegen akuter Liquiditätsprobleme die Abfertigung von in- und ausländischen Charterflügen einstellen. Etwa 200.000 Passagiere sind betroffen, Zehntausende davon hängen im Ausland fest.
27.09.2017	Der Gouverneur der Region Krasnojarsk Wiktor Tolokonskij, erklärt seinen Rücktritt.
27.09.2017	Das Oberhaupt der Republik Dagestan, Ramasan Abdulatipow, erklärt aus Altersgründen seinen Rücktritt.
27.09.2017	Der Chef der Antikorruptionsbehörde, Oleg Plochoj, wird seines Postens entbunden und zum ersten stellvertretenden Justizminister ernannt.
28.09.2017	Das Strafermittlungskomitee lässt den Generaldirektor der Fluggesellschaft »Vim Avia« Aleksandr Kotschnew wegen des Verdachts der Untreue festnehmen. Die Eigentümer der zahlungsunfähigen Fluggesellschaft haben sich nach Informationen des Strafermittlungskomitees ins Ausland abgesetzt.
28.09.2017	Der Gouverneur des Autonomen Bezirks der Nenzen, Igor Koschin wird auf eigenen Wunsch von seinem Amt entbunden. Zum kommissarischen Oberhaupt wird Aleksandr Zybulskij ernannt.
28.09.2017	Die Föderale Aufsichtsdienst im Bereich Bildung und Wissenschaft (Rosobrnadsor) verweigert der Europäischen Universität in St. Petersburg die erforderliche Lizenz als Bildungseinrichtung. Bei einer Überprüfung des neuen Gebäudes der Universität seien eine Reihe von Verstößen festgestellt worden, u. a. sei das Gebäude nicht barrierefrei, so die Aufsichtsbehörde.
28.09.2017	Gegen den früheren Direktor des Anti-Doping-Labors der WADA in Moskau Grigorij Rodtschenkow wird durch ein Moskauer Gebietsgericht Haftbefehl erlassen. Rodtschenkow wird international zur Fahndung ausgeschrieben. Er ist einer der wichtigsten Informanten der Welt-Anti-Doping-Behörde bei der Aufklärung des systematischen Dopings im russischen Sport.
29.09.2017	In Moskau wird der Oppositionelle Aleksei Nawalnyj wegen des Aufrufs zur Teilnahme an einer nichtgenehmigten Kundgebung vorübergehend festgenommen.
29.09.2017	Altbundeskanzler Gerhard Schröder wird zum Vorsitzenden des Aufsichtsrates beim größten russischen Ölkonzern Rosneft gewählt. In Deutschland wird Schröders Einzug in die Konzernspitze vielfach kritisiert.
30.09.2017	Das russische Verteidigungsministerium weist Vorwürfe zurück, dass Russland nach dem Militärmanöver »Sapad« seine Truppen nicht vollständig aus dem verbündeten Belarus abgezogen habe. Dies hatte zuvor der ukrainische Generalstabschef Wiktor Muschenko der Nachrichtenagentur Reuters gesagt.

02.10.2017	Wegen wiederholten Aufrufs zur Teilnahme an nicht genehmigten Protestaktionen wird der Oppositionspolitiker Alexei Nawalnyj zu 20 Tagen Arrest verurteilt.
03.10.2017	In der tatarischen Hauptstadt Kasan werden nach massenhaften telefonischen Bombendrohungen Dutzende Gebäude evakuiert, u. a. Einkaufszentren, Schulen, die Universität der Stadt, Ministerien und der Flughafen. Das öffentliche Leben kommt größtenteils zum Erliegen.
04.10.2017	Der Gouverneur der fernöstlichen Region Primorje Wladimir Mikluschewskij wird auf eigenen Wunsch seines Amtes enthoben. Andrej Tarasenko wird kommissarisch als Gouverneur eingesetzt.
04.10.2017	Nach einer anonymen telefonischen Bombendrohung wird die Stadtverwaltung von Moskau nicht evakuiert. Verdächtige Gegenstände werden nicht gefunden. Seit dem 10. September gehen in vielen russischen Großstädten massenhaft telefonische Bombendrohungen von Computerstimmen ein.

Sie können die gesamte Chronik seit 1964 auch auf <http://www.laender-analysen.de/russland/> *unter dem Link »Chronik« lesen.*

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS) gGmbH und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.
Redaktion: Gwendolyn Sasse (verantwortlich) und Martin Brand
Sprachredaktion: Hartmut Schröder
Satz: Matthias Neumann
Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens
Alle Ausgaben der Russland-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de
Die Russland-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.
ISSN 1613-3390 © 2017 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS) gGmbH und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607
e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: http://www.laender-analysen.de/russland/

Kostenlose E-Mail-Dienste
der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de

@laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen zur post-sowjetischen Region werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben. Die Polen-Analysen werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut, der Forschungsstelle Osteuropa und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse. Alle Länder-Analysen sind auch mit Archiv und Indizes online verfügbar unter <www.laender-analysen.de>.

Belarus-Analysen
Erscheinungsweise: zweimonatlich
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest
In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich
Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen
Erscheinungsweise: zweimal monatlich
Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>
Auch als App für Android™ (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play™.

Russland-Analysen
Erscheinungsweise: zweiwöchentlich
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>
Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.

Russian Analytical Digest
In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich
Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen
Erscheinungsweise: zweimal monatlich
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>
Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.

Zentralasien-Analysen
Erscheinungsweise: monatlich
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>
Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.

Bibliographische Dienste
Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige wissenschaftliche Neuerscheinungen zu Belarus, Russland, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.
Erscheinungsweise: viermal jährlich
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/bibliographies>

Google Play, das Google Play-Logo und Android sind Marken von Google Inc. TWITTER, TWEET, RETWEET und das Twitter Logo sind eingetragene Markenzeichen von Twitter, Inc. oder angeschlossenen Unternehmen. Der Android-Roboter wird auf der Grundlage von einem Werk wiedergegeben oder modifiziert, das von Google erstellt und geteilt und gemäß den Bedingungen der Creative Commons 3.0 Attribution-Lizenz verwendet wird.